

Rechts(un-)verständnis? 2  
So nicht, Herr Steffel!

Nachgefragt in Pankow 3  
Integrationspolitik in der Praxis

## Zur Sache: Streitfall Klimawandel Zukunftsperspektive unserer Kinder ist bedroht

Klimawandel, Klimawandelfolgen, Klimaschutz, Klimaopfer, Klimasünder, Klimaprofiteure, Klimakritiker, Klimalüge – eine fast inflationäre Flut von Begriffen, die eine Auseinandersetzung kennzeichnen, die kontroverser kaum sein könnte.

### Unverantwortliche Politik

Das Scheitern der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen spiegelt als traurigen Höhepunkt wieder, wie die herrschende Weltpolitik, interessengeleitet, derzeit versagt.

Die Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf im Januar hatte die Perspektiven nach „Floppenhagen“ zum Thema.

Hauptstreitpunkt ist, wer die finanziellen Kosten der global notwendigen Investitionen für die Reduktion von klimaschädigenden Emissionen tragen soll oder zu tragen hat. Fakt ist, dass die pro Kopf-„Weltmeister“ an CO<sub>2</sub>-Emissionen, die USA und Europa, eine ausreichende und notwendige Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer nach wie vor ablehnen.

### Wasserdampf und Sonne - Klimafolgen übertrieben?

Unterstützung beim nicht Handeln finden die politisch Verantwortlichen bei sog. Klimakritikern, die eine „Klimalüge“ postulieren. Behauptet wird, der globale Temperaturanstieg sei nicht vom Menschen zu verantworten, da CO<sub>2</sub> keinen entscheidenden Einfluss auf den Temperaturanstieg hat. Stattdessen werden Wasserdampf in der Atmosphäre und der Einfluss der Sonne als Hauptverursacher ausgemacht.

Aktuell wird dem Weltklimarat vorgeworfen, es würden Studien von Klimakritikern unterdrückt, Datenerhebungen unseriös bewertet, die Forscher selbst von übertriebenen

Prognosen profitieren. Zudem fände weder die Gletscherschmelze wie angekündigt statt, noch verschwände der Regenwald absehbar oder nähmen Unwetterkatastrophen im angekündigten Umfang zu.

### Fakten zur Kenntnis nehmen

Doch niemand streitet den globalen Anstieg der Temperaturen ab. Aber, der Anstieg von zwei Grad gilt schon als gerade noch beherrschbare Obergrenze. Dass Wasserdampf auf das Klima wirkt, wird nicht bestritten. Er ist aber, im Gegensatz zum CO<sub>2</sub>, vom Menschen kaum zu beeinflussen. Wahr ist auch, dass die „Skeptiker“ von Anfang an in die Arbeit und den Klimabericht der mehr als 2000 Wissenschaftler des Weltklimarates eingebunden waren.

### Folgen sind nicht absehbar

Wesentliche Unterschiede liegen auch in der Beurteilung der Dynamik der Folgen des Klimawandels. Wie sich das Schmelzen der Polkappen, die Erwärmung der Luft und der Meere, Dürrekatastrophen gegensei-

tig beeinflussen, ist noch nicht hinreichend erforscht. Dass sie es tun, ist unstrittig. Es ist absehbar, dass es beim Erreichen von sog. Kipp-Punkten zu sprunghaften, unumkehrbaren Entwicklungen des globalen Gesamtsystems kommen wird - mit heute nicht absehbaren Folgen.

### Konsequenzen ziehen

Die Zeche zahlen dann unsere Kinder und Enkel. Als Vater von zwei Kindern spüre ich diese Verantwortung, die mich politisch aktiv werden ließ.

Schon heute werden aufgrund des Klimawandels Kriege geführt, Millionen Menschen wurden und werden zu Klimaflüchtlingen, die Auswirkungen auf Flora und Fauna sind nicht zu leugnen. Es ist Zeit, dies zur Kenntnis zu nehmen.

DIE LINKE hat verstanden. Umwelt- und Klimaschutz sind inzwischen Programm und bestimmen zunehmend das politische Handeln. Das ist gut so, finde ich.

Jürgen Schimrock

### Weiterlesen:

UN-Weltklimareport, KiWi-Verlag, 2007

Zukunftsfähiges Deutschland, Wuppertal Institut, Fischer 2008

[www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt/](http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt/)

[www.spiegel.de/thema/uno\\_klimakonferenz\\_2009/](http://www.spiegel.de/thema/uno_klimakonferenz_2009/)

[www.zeit.de/themen/wissen/wissenschaft/klima](http://www.zeit.de/themen/wissen/wissenschaft/klima)

[www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/oekologische\\_plattform/tarantel/](http://www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/oekologische_plattform/tarantel/)

[www.die-linke-berlin.de/partei/strukturen/lag\\_und\\_ig\\_plattformen/umwelt/](http://www.die-linke-berlin.de/partei/strukturen/lag_und_ig_plattformen/umwelt/)



# Allzu durchsichtig, Herr Dr. Steffel!

## Zum „besonderen“ Rechtsverständnis des Reinickendorfer Bundestagsabgeordneten

Anfang Januar forderte der Bundestagsabgeordnete Frank Steffel (CDU) in einer Presseerklärung den sofortigen Stopp des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG) für die gesamte Stadt.

Anlass für diese Erklärung ist der beabsichtigte Ausbau der Frohnauer Alemannenstraße, der durch das CDU-regierte Bezirksamt (!) geplant und vorangetrieben wird. Herr Steffel weiß natürlich auch, dass es in nahezu allen Bundesländern - auch in CDU-geführten - Straßenausbaubeitragsgesetze gibt. Der LINKEN ist bisher noch nicht zu Ohren kommen, dass in den anderen Bundesländern oder gar bundesweit eine Initiative der CDU zur Abschaffung der jeweiligen Gesetze geplant ist.

### Mit den oder gegen die BürgerInnen

Das StrABG in Berlin ist also nicht etwas rot-rot-spezifisches, wie Herr Steffel suggerieren will. Die Frage ist doch, ob das Gesetz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger angewendet und umgesetzt wird. Das CDU-regierte Bezirksamt muss hier Rede und Antwort stehen. Von dieser Verantwortung will Steffel ablenken. Ein durchsichtiges Manöver!

### ÖBS - „sinnlose Mittel“?

Nun könnten wir es damit beenden lassen, wäre da nicht der zweite Teil seiner Pressemitteilung. Der Straßenausbau in Berlin soll nach Steffels Ansicht zukünftig aus den Mitteln des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) finanziert werden. Dieser Ansatz sagt viel über sein politisches Weltbild.

### Sanieren oder nicht?

Die BVV Reinickendorf befasste sich im Januar mit einer Großen Anfrage zur **Bürgerbeteiligung im StrABG**. Bezirksstadtrat Lambert erläuterte die Vorgaben des Gesetzes.

Er vermittelte den Eindruck, sie in Begegnungen mit Anliegern der im Bezirk zur Sanierung vorgesehenen Alemannenstraße und Ruppiner Chaussee umzusetzen. Als Stadtrat müsse er sich an das Gesetz halten,

Der ÖBS ist ein Programm zur Wiedereingliederung von Langzeiterwerbslosen in den „ersten Arbeitsmarkt“. Ein Programm, das es so nur im rot-roten Berlin gibt. Für Herrn Steffel sind das „sinnlose Mittel“! Wer soll hier gegen wen ausgespielt werden? Solch ein Vorschlag wird von der LINKEN strikt abgelehnt und stößt auf ihren Widerstand.

### Wertverbesserung plus Lärm

Nun zum geplanten Straßenausbau in der Alemannenstraße selbst. Natürlich, eine finanzielle Beteiligung der Anrainerinnen und Anrainer, wie es im StrABG vorgesehen ist, stößt nicht auf große Gegenliebe. Es ist für die Betroffenen nicht immer nachvollziehbar, warum der Ausbau einer Straße zur Wertverbesserung des eigenen Grundstückes führen soll und sich von daher die Beitragsbeteiligung an der Maßnahme ableitet. Es ist vor allem dann nicht zu verstehen, wenn die Betroffenen auch noch ein höheres Verkehrsaufkommen und damit höhere Belastungen durch Lärm, Dreck und Staub befürchten müssen.

### Mitsprache garantiert

Deshalb sind im Berliner StrABG - und darin unterscheidet sich das Berliner Gesetz von anderen - Beteiligungsrechte für die beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürger und auch für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorgesehen. Die Anwendungspraxis des Gesetzes ist in den Bezirken höchst unterschiedlich. Die einen nehmen die Beteiligungsrechte ernst, die anderen nicht. Die CDU im Bezirksamt und in der BVV Reinickendorf könnte sich für die bürgerfreundliche Variante entscheiden.

*Uwe Doering, MdA, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus*

auch wenn es ihm nicht gefalle. Tricksen könne er aber nicht.

Und: Die Planung erfolge erstmals (so, so!) auch mit den Bürgern; deren Mitbestimmung habe aber Grenzen, könne nicht zur Aussetzung der Sanierung führen. Sanieren oder nicht? Das letzte Wort spricht die BVV. Der Bauausschuss soll nun „in sachlicher Debatte“ die vorliegenden Anträge beraten. Termin ist der 2. März 2010. *A.B.*

## BVV-Splitter

### 37. Sitzung, 13.1.2010

Zwei **Mündliche Anfragen** befassen sich mit der gesetzlichen **Schneeräumpflicht**, die im Bezirk vielerorts nicht eingehalten wird.

Baustadtrat Lambert (CDU) informiert über seine erfolglosen Bemühungen, einen Weiterbau auf der in Privatbesitz befindlichen **Tegeler Hafensinsel** zu befördern. Ein Investor stehe nicht zur Verfügung. Er habe den Rückbau der „Zuwegung“ zur Insel angewiesen. Jetzt rächt sich, dass Bezirksamt und BVV den Insel-Verkauf über den Liegenschaftsfonds zugelassen haben.

**Vier Große Anfragen**, sachliche Debatte: **„Entwicklung der Oberschullandschaft in Reinickendorf2“** (B90, Drs.-Nr.: 1007/XVIII; Fragen 1 bis 4); **„Umwandlung der Thomas-Mann-Oberschule - ein Gewinn für das Märkische Viertel und die Reinickendorfer Schullandschaft“** (CDU, Drs.-Nr.: 1043/XVIII); **„Reinickendorf: Grüner Bezirk im Berliner Norden“** (CDU, Drs.-Nr.: 1042/XVIII) und **„Bürgerbeteiligung bei Maßnahmen nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz“** (B90, Drs.-Nr. 1035/XVIII).

Das Klima ändert sich, als die CDU-Anträge **„Darstellung monatlicher Entwicklung der Hilfen zur Erziehung“** (Drs.-Nr.: 1044/XVIII) und **„Kostenentwicklungssystem im Bereich Jugend“** (Drs.-Nr.: 1045/XVIII) aufgerufen werden. Jugendstadtrat Senftleben (SPD) hat Ausgaben von „Hilfe zur Erziehung“ aus dem Jahre 2008 erst 2009 gebucht. Das komplizierte Finanzierungssystem im Land macht daraus Mehrausgaben für den Bezirk, die dessen finanzielle Reserve aufzehren. J. J. Schultze-Berndt (CDU) nutzt den Fehler des Stadtrates, für den dieser im Dezember die Verantwortung übernommen hatte, erneut zu verbalen Ausfällen - und handelt sich dafür eine Rüge des BVV-Vorstehers ein. Ob ein besseres *controlling* im Jugendamt helfen kann?

Ihr Beobachter hatte die Hoffnung, unter dem neuen Bürgermeister könne auch ein sachlicher Politikstil in der BVV einzuziehen. Leider eine Illusion. Die CDU-Fraktion und ihr Vorsitzender haben das offensichtlich nicht gelernt. *F. Wilhelm*

**Aufgefallen:** Stephan Schmidt schreibt seit Dezember 2009 Berichte über BVV-Sitzungen für die Homepage der CDU-Fraktion. Gut so! DIE LINKE wirkt. *F.W.*

Fotomontage:  
Klaus Gloede



Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

[www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/](http://www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/)



# Sind Sie ausgelastet, Frau Wüsten?

Wir sprach mit der Pankower Integrationsbeauftragten

**Frau Karin Wüsten, Sie sind Integrationsbeauftragte im Bezirksamt Pankow. Welche Aufgaben haben Sie konkret?**

Erstens bin ich Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund und Mittlerin zwischen ihnen und der Pankower Verwaltung. Darüber hinaus arbeite ich eng mit einer Reihe von Migrantenvereinen, -projekten und -initiativen zusammen, die Rechts- und Sozialberatung anbieten, Hilfe bei Behördengängen, Integrationskurse, Qualifizierung und Unterstützung für die Arbeitssuche oder Möglichkeiten zur interkulturellen Begegnung. Wir sprechen uns regelmäßig über Probleme und Erfordernisse ab.

Zweitens bin ich Koordinatorin des Lokalen Aktionsplanes Pankow, mit dem wir an dem bundesweiten Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ teilnehmen. Damit wenden wir uns übrigens an alle Einwohner. Der Aktionsplan umfasst bisher 28 Projekte, nicht zuletzt dafür, dass wir Pankower Bürger nicht beiseite sehen bei Akten von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit oder Rassismus.

Und drittens liegt die Geschäftsstelle des Pankower Integrationsbeirates in meinen Händen.

**Bitte ein paar Worte mehr zu diesem Beirat.**

Seine Mitglieder wurden von der BVV gewählt. Er hat die Aufgabe, Chancengleichheit, Beteiligung, Aktivierung und Eigeninitiative von im Bezirk Pankow lebenden und arbeitenden Menschen mit Migrationshintergrund und auch von Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sicherzustellen. Laut Geschäftsordnung berät er das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung in allen diesen Fragen. Ihm gehören 20 stimmberechtigte Mitglieder an, davon elf mit eigenem Migrationshintergrund,

und er wird geleitet vom Bezirksbürgermeister. Der Beirat kann zu bestimmten Themen Gäste zu seinen Sitzungen einladen, zum Beispiel von Ämtern, vom Bezirksselternausschuss, von den Wohnungsgesellschaften, der Arbeitsagentur Berlin-Nord, Unternehmervereinigungen, Arbeitslosenorganisationen, Gewerkschaften und Sportvereinen. Er tagt sechs Mal im Jahr, aber in der Zwischenzeit arbeiten eine Reihe Arbeitsgruppen. Derzeit wichtigste Aufgabe ist die Erstellung eines bezirklichen Integrationskonzepts, das gemeinsam vom Bezirksamt und vom Integrationsbeirat erarbeitet wird.

**Womit befassen die Arbeitsgruppen sich?**

Mit den Themen Bildung, Partizipation, Erwerbstätigkeit und Interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Das sind die Handlungsfelder unseres künftigen Integrationskonzepts. Wir haben als erstes untersucht, wie weit Kindertagesstätten, Schulen und auch Jugendfreizeiteinrichtungen auf einen wachsenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eingestellt sind. Wir haben viel Interessantes dabei kennen gelernt und möchten das verbreitern.

Im Augenblick führen wir Umfragen in den Pankower Bürgerämtern durch, einfache Fragen, wie gut sich Migranten dort orientieren können und wieviel Eingehen auf ihre Probleme sie finden. Uns ist klar, dass wir in den Ämtern mehr Menschen anderer Herkunft und mehr Sprachkundige brauchen, aber das ist unter den derzeitigen Beschränkungen für Neueinstellungen nicht zu machen. Hier brauchen wir ein verändertes Denken dergestalt, vorhandene Potenziale und Ressourcen zu nutzen und weiter zu entwickeln.

**Was wird aus den Erkenntnissen der Arbeitsgruppen und des Beirates?**

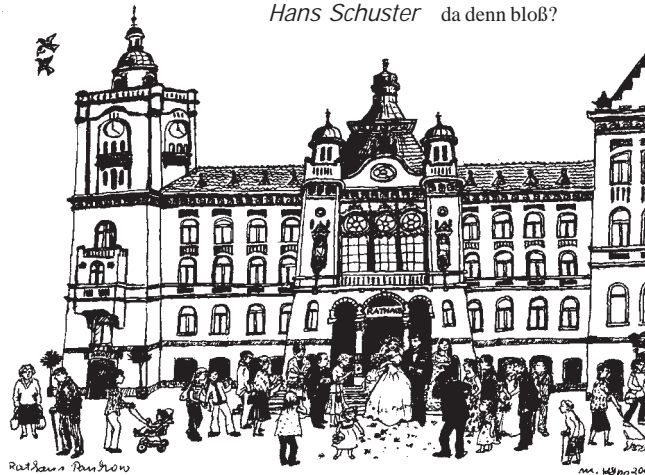
Die Ergebnisse fließen in das Integrationskonzept ein. Dessen Entwurf wird breit zu diskutieren sein, ehe ein fertiges Papier vorliegt. Darüber hinaus – und das ist ebenso Bestandteil der Geschäftsordnung – hat der Beirat das Recht, über den Bürgermeister oder den BVV-Vorsteher Anregungen und Handlungsempfehlungen an das Bezirksamt oder die BVV heranzutragen.

**Halten Sie ein „Gesetz zur Gleichstellung und Integration“ für notwendig?**

Ja. Vieles, was gegenwärtig nur Empfehlung ist, sollte verbindlich gefasst und abgesichert werden.

Hans Schuster

Im Bezirk Pankow gibt es einen Integrationsbeirat, eine Integrationsbeauftragte und einen BVV-Ausschuss für Gleichstellung und Integration. In Reinickendorf nichts davon. Womit beschäftigen sich die Pankower da denn bloß?



Rathaus Pankow

Monika Köpp

## Integrationsgesetz für Berlin auf dem Weg

Rathaus Pankow  
Zeichnung:  
Monika Köpp

*Gesellschaftliche Desintegrations- und Ausgrenzungsprozesse betreffen in unserer Stadt in besonderem Maße Menschen nichtdeutscher Herkunft. Soziale Probleme haben sich hier in den vergangenen Jahrzehnten durch besondere Benachteiligungen und eine lang andauernde Ignoranz gegenüber einer notwendigen Integrationspolitik verstetigt. Die Folgen der Wirtschaftskrise drohen diese ohnehin vorhandenen Tendenzen weiter zu verfestigen.*

*Umso bedeutsamer sind die von uns angestoßenen und vom rot-roten Senat verabschiedeten Integrationskonzepte I und II, mit deren Umsetzung wir für die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund mehr Chancengerechtigkeit in Bildung und Beruf sowie mehr gesellschaftliche Teilhabe anstreben. Wir wollen diesem Anliegen noch in dieser Legislaturperiode durch die Verabschiedung eines Integrationsgesetzes einen höheren Stellenwert und mehr Nachdruck verleihen.*

*Aus: Beschluss des Landesparteitages der LINKEN Berlin, 28. November 2009*

Weiterlesen:

**„Vielfalt fördern Zusammenhalt stärken“**

Berliner Integrationskonzept 2005 und 2007

[www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept](http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept)

**Bundeswehr abziehen, nicht aufstocken!**

**Afghanistan-Demonstration**

Ein Aufruf der bundesweiten Friedensbewegung

**Samstag, 20. Februar 2010**

Kundgebung und Start 13 Uhr Bebelplatz

Mehr Soldaten – mehr Rüstung – mehr Krieg!  
Nicht in unserem Namen!

# Unerbetene Besucher

## Fensterscheiben im Roten Laden demoliert

Im offiziellen Polizeibericht vom 27. Januar ist unter „Was sonst noch passierte“ neben einem Überfall auf eine Post in Schöneberg, einem Raub in einem Neuköllner Supermarkt, einem versuchten Überfall am Ku-Damm u. a. auch registriert: „Das Bezirksbüro Reinickendorf der Partei „Die Linken“ wurde stark beschädigt.“ (aus: Berliner Zeitung, 30. Januar 2010)



Foto:  
Lutz Dühr

Konkret: fünf Fensterscheiben und die Tür des „Roten Ladens“ waren eingeschlagen worden. Hausbewohner hatten nachts gegen 3.30 Uhr einen lauten Knall gehört. Vom Täter keine Visitenkarte. Eine nette Polizistin vom Abschnitt 11 in der Berliner Straße nahm die Anzeige

des Geschäftsstellenleiters wegen Sachbeschädigung auf. Eine Glaseri sicherte die Fenster, erhielt den Auftrag für die Neuverglasung. Passanten blieben stehen, „begutachteten“ den Schaden. Einige kamen rein, wollten mehr wissen. Frau S. zweifelte an der Vernunft „der Menschen“. Inzwischen sind die neuen Scheiben eingesetzt.

Nun also wir auch. In den zehn Jahren der Existenz des „Roten Ladens“ der erste derartige Überfall.

Keine Frage: nicht allen gefällt, was DIE LINKE im Bund, im Land, im Bezirk bewirkt hat - muss auch gar nicht. Die Ergebnisse der LINKEN bei den Bundestagswahlen 2009 haben manchen aufgeschreckt. Wie man sieht, auch in Reinickendorf.

Politische Auseinandersetzungen gehören zur Demokratie, brauchen überzeugende Argumente. Wer keine hat, greift zur Gewalt. Leider! Aber natürlich fragen wir uns: Ist es ein Zufall, dass dieser Überfall gegen ein Bezirksbüro der LINKEN gerade am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, verübt wurde?

In der Januarausgabe von „WIR“ haben wir geschrieben:

„Der „Rote Laden“ ist offen – so wie DIE LINKE. Am besten, Sie überzeugen sich selbst! Wir freuen uns auf Sie.“ Dabei wird es bleiben.

*Klaus Gloede*

## Sozial-Brunch

Im Roten Laden finden Bürgerinnen und Bürger **Kontakt** zur LINKEN Reinickendorf. Wir vermitteln bei Beratungsbedarf und laden an jedem vierten Dienstag im Monat, von 11 bis 13 Uhr, zu einem kostenlosen **Brunch** in den Roten Laden ein.

### Impressum

Herausgeber:  
Landesvorstand  
Berlin der Partei  
DIE LINKE.,  
V.i.S.d.P.:  
Yusuf Dogan

**Wir in  
Reinickendorf**  
wird vom  
Bezirksverband  
finanziert.

**Spenden**  
sind ausdrücklich  
erwünscht:  
DIE LINKE,  
Reinickendorf,  
Berliner Bank,  
BLZ: 100 200 00,  
Kontonummer:  
4384 816812.

## Beratung

Jeden Mittwoch, von 16 bis 18 Uhr, bietet DIE LINKE Hilfestellung zu sozialen Problemen (Hartz IV u. a.).

An jedem ersten Mittwoch im Monat bietet Rechtsanwalt H. Lange eine kostenlose Rechtsberatung an. Um Anmeldung wird gebeten.

### Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:  
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr  
Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632

e-mail:  
redaktion@die-linke-  
reinickendorf.de

## Am Rande

### Die Gammelfleisch-Methode

Die „Umetikettierung unsozialer Gesetze durch Preisausschreiben am Beispiel Hartz IV“ - von Arbeitsministerin von der Leyen seit kurzem propagiert - wird wohl als sogenannte Gammelfleisch-Methode in die CDU-Annalen eingehen. Der negativ besetzte Name „Hartz IV“ - Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung von LeistungsbezieherInnen - soll einen neuen Namen erhalten. Toll.

Aber warum so halbherzig und ideenlos? Das könnte doch bei den Begriffen Afghanistankrieg, Lohndumping und Arbeitszwang auch funktionieren. Man könnte beispielsweise eine „Prekariats-Umfrage“ in den Job-Centern starten, wie man diese „bösen Worte“, die von der LINKEN benannt werden, alltags-tauglich weichspülen kann. Hirnschmalztraining - mal anders.

Die Berliner CDU greift die Steilvorlage der Ministerin natürlich auf. Auch sie will mal wieder alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen. Ein „Aktionsprogramm“, vorgestellt vom Vorsitzenden Frank Henkel, soll den „Zukunftskurs Berlin“ beschreiben. Es werden weitere Vorschläge gemacht, wie man das Wahlvolk für dumm verkaufen kann. Aus sozial Benachteiligten und Erwerbslosen werden „die Abgehängten“, deren Transferleistungen durch eine „aufsuchende Sozialinfrastruktur“ überprüft werden sollen. Winkt uns hier der vehement geforderte Arbeitszwang vom Hessen-Koch?

Eine „moderne Integration“ á la CDU mündet nur in der Forderung nach einer „Aufstiegsmentalität“ bei Migranten. Nur wer leistet, verdient Unterstützung – das christlich-integrative Menschenbild der CDU, rückwärtsgewandt, diskriminierend.

Wenn doch die Fantasie beim Straftatbestand der Steuerhinterziehung ähnliche Blüten treiben würde.

*F. Reineke*

## Termine

Am **22. Februar 2010, um 18 Uhr**, findet im Roten Laden eine öffentliche **Mitgliederversammlung** der LINKEN Reinickendorf statt.

Als Referentin zum Thema **Integrationspolitik in Berlin** wird **Elke Breitenbach**, MdA, Integrations- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, erwartet.